

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Foto © Anne Weise



wir alle haben im Januar von dem Ausbruch einer besonderen Grippe in China gelesen, hatten verfolgt, wie Städte abgeriegelt und Krankenhäuser aus dem Boden gestampft wurden. Aber selbst als das Corona-Virus in Italien angekommen war und zeigte, dass Europa alles andere als immun war, fühlte sich das alles seltsam weit weg an. Dann wurden auch bei uns in

Kindergärten geschlossen, ebenso Restaurants und große Teile des Einzelhandels. In der Öffentlichkeit sind Abstandsregeln einzuhalten, Zusammenkünfte verboten. Viele Familien werden über die Ostertage auf den Besuch von Verwandten und Freunden verzichten müssen.

Das alles ist hart, aber unbedingt notwendig. Denn gerade für Ältere und Menschen mit Vorerkrankungen ist Covid-19 keine leichte Erkältung, sondern erschreckend oft eine tödliche Krankheit. Darum sind Distanz, Zurückhaltung und die Einhaltung der Hygieneregeln für uns alle unerlässlich. Und gerade weil nicht alle Arbeitnehmer*innen im Homeoffice arbeiten können, ist es wichtig, dass zu Hause bleibt, wer es kann und damit hilft, die Verbreitung zu verlangsamen.

IN DER KRISE ZEIGT SICH DER CHARAKTER

Helmut Schmidt hat einmal gesagt: "In der Krise zeigt sich der Charakter". Das zeigt sich jetzt in der Nahaufnahme. Hamsterkäufe sind zum Beispiel zutiefst unsolidarisch. Denn sie sorgen dafür, dass die Pflegekraft nach dem langen Arbeitstag vor leeren Regalen steht und Menschen, die ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen müssen, noch mehr Probleme haben als

ohnehin schon. Wucherpreise für Schutzmasken oder Desinfektionsmittel sind ein Skandal und ein riesiges Problem für Menschen, die zum Beispiel wegen einer Erkrankung tatsächlich darauf angewiesen sind.

BEEINDRUCKENDES ENGAGEMENT

Aber es ist eben auch großartig zu sehen, wie viele Menschen sich nicht egoistisch, sondern solidarisch und rücksichtsvoll verhalten. Unsere Jusos in Bad Schwartau und Stockelsdorf bieten wie viele andere Engagierte auch einen Einkaufsdienst an. Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein bekommt hunderte von Meldungen von Ehrenamtlichen, die helfen wollen. Und in den Städten und Gemeinden rücken viele kleinen Läden vor Ort wirklich bedeuten würde. Das alles gibt Hoffnung.

Niemand weiß derzeit, wie die Situation in ein paar Wochen oder gar Monaten sein wird. Eines aber ist klar: Wir werden diese Krise am besten meistern, wenn wir körperlich konsequent Abstand halten, aber gesellschaftlich genauso konsequent zusammenstehen. Bleibt gesund! ■

Solidarische Grüße
Euer

Niclas Dürbrook
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Solidarität ...	
... so gelingt Gerechtigkeit	1
... geben und bekommen	3
Solidarisches Europa ...	3
... der deutsche Beitrag	4
Ostergruß	5
Der Kleiderbügel bleibt	6
Stiftung Naturschutz SH	
in Berlin	6
Bettinas Team	7
Impressum	7
KTF vor Ort	8
Bezahlbare Mieten	8
Nicht pöbeln	9
Alles ändert sich ...	10
... auch Termine	10

SOLIDARITÄT – SO GELINGT GERECHTIGKEIT

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – so lauten die Grundwerte der SPD. Doch als die Genossinnen und Genossen im Bundestageswahlkampf 2016 die Gerechtigkeit in den Fokus ihrer Themen rückten, erlebten sie ein Fiasko. Die Kampagne wirkte lahm und müde, ein Feuer wurde nicht entfacht, das Wahlergebnis war verheerend.

Vielleicht irritierte es, wenn in einem reichen modernen Staat wie Deutschland ausgerechnet die SPD wie eh und je Gerechtigkeit fordert. Die Errungenschaften der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu Zeiten der Industriegesellschaft haben zu vergleichsweise hohem materiellen

Lebensstandard und weitreichenden sozialen Standards geführt. Bildung und Unabhängigkeit von familiären und partnerschaftlichen Bindungen verbreitern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. In der Folge entstehen zahlreiche neue Lebenswelten und unterschiedlichste Lebensstile entwickeln sich. Dieser Prozess wird als Individualisierung beschrieben, die ursprünglich bürgerlichen Kreisen vorbehalten war.

Dennoch gibt es auch weiterhin soziale Unsicherheiten und Ungleichheiten. Drohende Arbeitslosigkeit, Mangel an bezahlbaren Wohnungen, ein Gesundheitssystem, in dem Patienten abgefertigt statt behandelt werden, weil Profit einen höheren

Stellenwert als ihre Krankheiten hat, und das öffentliche Schulsystem mit seinen immer neuen Unzulänglichkeiten bei weiterhin bestehenden Ungerechtigkeiten. Und dies soll ausgerechnet mit dem Ruf nach mehr Gerechtigkeit aufgelöst werden? Daran können und wollen sowohl Wählerinnen und Wähler, als auch viele Genossinnen und Genossen nicht mehr glauben.

Klar, es gibt vieles aufzuarbeiten hinsichtlich der politischen Verantwortung der SPD beispielsweise für die Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums an Wohnraum oder im Gesundheitswesen. Dennoch sind diese Verfehlungen nicht das einzige, schon gar nicht das wesentliche Problem der Gerechtigkeit. Denn allen Chancen, die Industrialisierung, Modernisierung und Digitalisierung bieten, stehen die Risiken der Vereinzelung der Menschen, wie Individualisierung auch bezeichnet werden kann, gegenüber. In der Soziologie spricht man von der Herauslösung aus historisch vorgegebenen Sozialnormen und -bindungen, die traditionell auch Sicherheiten bieten. An deren Stelle sind die oben schon genannten fortschrittlichen gesellschaftlichen Errungenschaften getreten: der sozialstaatlich abgesicherte Arbeitsmarkt, der soziale Wohnungsbau, das Bildungssystem und das Gesundheitswesen. Gewiss gibt es noch mehr Errungenschaften aufzuzählen. Diese sozialstaatlichen Rahmenbedingungen stehen im Gegensatz zur sozialen Klassenbildung des Industriezeitalters. Sie sind Voraussetzung für die Individualisierung aber auch Notwendigkeit, denn Schutz und Sicherheit bietet jetzt nicht mehr die solidarische Arbeiterkultur mit gemeinschaftlichen Forderungen nach gesellschaftlicher Teilhabe. Denn die gibt es inzwischen, unseren demokratischen Sozialstaat eben.

SOLIDARITÄT – GEBEN UND BEKOMMEN

Für mich bedeutet Solidarität gegenseitiges füreinander eintreten, Loyalität, Kollegialität, gemeinsam für ein Ziel zu kämpfen, Leuten zu helfen, die Hilfe nötig haben, oder aber auch einfach ein gemeinsames Zeichen zu setzen. Es gibt viele verschiedene Arten von Solidarität, zum Beispiel die Solidarität unter Familienmitgliedern und unter Freunden oder aber auch unter Fremden.

Für mich besteht auch zwischen einzelnen Generationen eine Art Solidarität. Zum Beispiel zwischen meiner Generation und der älteren Generation wird Solidarität benötigt. Man muss auch die Meinung der anderen akzeptieren und gegenseitig Rücksicht nehmen. Ich finde auch, dass es zur Solidarität gehört, sich gegenseitig Dinge zu vertrauen und nicht, wie es leider oft der Fall ist, dass die ältere Generation uns Jungen nachsagt: „Ach die haben doch gar keine Ahnung, denn die haben noch gar keine Erfahrung so wie wir.“ Man braucht sich gegenseitig. Man braucht die Ansichten von Jung und Alt und man muss zusammen und nicht gegeneinander arbeiten, um Dinge zu erreichen.

Man braucht die Solidarität, um gemeinsam Hindernisse zu überwinden, Ziele zu erreichen, aber auch um für Menschen zu sorgen, die es selbst nicht können. Ohne Solidarität gibt es keine Gerechtigkeit und ohne Solidarität ist meiner Meinung nach kein vernünftiges Leben und auch kein Miteinander

Die Krux an der Sache ist, dass gesellschaftliche Krisen als individuelle Schicksale wahrgenommen werden. Ob Arbeitsmarkt, Wohnungsnot oder Schulprobleme: Hilfe kann der Einzelne nur bei Institutionen des Sozialstaates erwarten und einfordern. Die einerseits erwünschten Individualisierungsprozesse, schließlich sind sie die Grundlage unserer Chancen und Freiheiten, führen nun andererseits zu Vereinzelung. Und das, obwohl es weiterhin, wenn auch verdeckt, Klassen- und Herrschaftsverhältnisse gibt, die zu Ungerechtigkeiten führen. Diese strukturellen Ungerechtigkeiten kann der Einzelne nur in einer solidarischen Gemeinschaft verändern. Dort findet er dann auch menschliche Empathie und Unterstützung.

Es geht nicht darum, die verschiedenen Lebenswelten und Lebensstile in der deutschen Gesellschaft zu vereinheitlichen. Aber es geht darum, dass alle diese Menschen sich wieder als Teil einer Gemeinschaft wahrnehmen, Zusammengehörigkeit verspüren und Gefühle für ihre Mitmenschen entwickeln. Es geht um die Solidarität, Grundwert drei der SPD, siehe oben. Solidarität ist Voraussetzung für Gerechtigkeit, denn sie ist ein wichtiges Zahnrad im Gefüge einer kraftvollen, selbstorganisierten Mitbestimmung, genannt Demokratie, in der der Einzelne nicht allein gelassen wird.

Die SPD steht für Solidarität. Ein Erstarren der Solidarität, die sich bei aller Individualität auf die gemeinschaftliche Interessenlage zurückbesinnt, gibt den Menschen in Deutschland den Mut und die Zuversicht zurück, ihre wirtschaftlichen und ökologischen Aufgaben anzupacken. ■

Heide Plücker
SPD Bad Schwartau

möglich. Und ist man solidarisch, dann gibt man nicht nur etwas, sondern bekommt auch immer etwas zurück.

Ein schönes Beispiel für Solidarität habe ich grade erst in meinem Wohnort erlebt, denn viele Stockelsdorfer haben gemeinsam vor unserer Kirche eine Mahnwache in Gedenken der Opfer von Hanau und um ein klares Zeichen gegen Rassismus zu setzen abgehalten. Ein anderes Beispiel für Solidarität ist aber auch die Solidarität zwischen meiner Schwester und mir. Meine Schwester und ich sind wie Hund und Katz, aber wenn meiner Schwester irgendwas passiert oder ihr jemand etwas tut, dann bin ich für sie da, ich stehe für sie ein und verteidige sie.

Aber auch die derzeitige Situation erfordert viel Solidarität! Wir alle sollten ein wenig Solidarität zeigen, ältere Menschen unterstützen, Rücksicht auf andere nehmen und nicht egoistisch handeln, um das Corona-Virus zu besiegen. Ich selber unterstütze eine 89-jährige Dame und gehe wöchentlich für sie einkaufen, darüber hinaus helfe ich seit dem Schulausfall meinen Eltern und kümmere mich um meine kleine Schwester.

Wir alle brauchen Solidarität. Nur wer gibt, bekommt auch etwas zurück. ♥

Anisa Wichelmann
stellvertretende Vorsitzende der Jusos OH

SOLIDARISCHES EUROPA

RETTET DIE GEFLÜCHTETEN, DIE MENSCHENRECHTE UND UNSERE DEMOKRATISCHEN WERTE

LIEBE OSTHOLSTEINER*INNEN,
LIEBE EUROPÄER*INNEN,

die Situation an der griechischen Grenze ist bestürzend. In den letzten Wochen mussten wir Berichte über immer mehr Gewalt gegen die lokale Bevölkerung, NGOs, Journalist*innen und vor allen Dingen Schutzsuchende, einschließlich der Inhaftierung von Asylbewerber*innen, erleben. Währenddessen scheinen einige Politiker*innen mehr um die Abschottung an den Außengrenzen besorgt zu sein als über die humanitäre Notlage der Menschen, die derzeit an der Grenze ausharren müssen.

Das alles kommt noch zu den unsäglichen Bedingungen, in denen Geflüchtete seit Jahren untergebracht sind, dazu. Dies gilt insbesondere für die unhaltbar überfüllten Lager auf den griechischen Inseln. In diesen verschlechtern sich die Umstände immer weiter, auch weil die anderen EU-Mitgliedstaaten Griechenland sträflich im Stich lassen. Diese Bedingungen sind in der jetzigen Situation der perfekte Nährboden für eine Verbreitung des Corona-Virus.

MENSCHENRECHTE
MÜSSEN EINGEHALTEN WERDEN

Die EU muss ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht werden, Kommission und Rat müssen sicherstellen, dass die Genfer Flüchtlingskonvention und das EU-Recht in der gesamten Europäischen Union angewendet werden. Beide Institutionen müssen umgehend alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Evakuierung von Schutzsuchenden – angefangen mit besonders gefährdeten Menschen – von den Landgrenzen zur Türkei und den griechischen Inseln zu ermöglichen, sowie deren schnelle Verteilung auf die EU-Mitgliedstaaten. Denn in den restlos überfüllten Hotspots, in denen tausende Menschen auf engstem Raum leben, kann man persönliche Kontakte nicht minimieren.

Auch grundlegende Hygiene ist unmöglich, wenn sich über 1.000 Menschen ein Wasserhahn teilen und Seife und Desinfektionsmittel fehlen. Ein großer Teil der Geflüchteten hat zudem keinen Zugang zum griechischen Gesundheitssystem und bekommt somit keine grundlegende medizinische Versorgung, notdürftige Versorgung wird von NGOs begrenzt angeboten. Ohnehin besteht auf den Inseln nicht die nötige Infrastruktur, um auch nur die lokale Bevölkerung ausreichend zu versorgen, geschweige denn zahlreiche weitere besonders gefährdete Menschen. Ein Ausbruch des Corona-Virus auf den Inseln hätte deshalb katastrophale Auswirkungen.

VIEL ZU LANGE WURDE
GRIECHENLAND ALLEIN GELASSEN

Vorschläge des Europaparlamentes und der Kommission zur Verteilung Geflüchteter wurden blockiert. Der Hass und die Überforderung, die wir zurzeit erleben, sind eine Folge

europäischen Nichthandelns. Anstatt die Bemühungen zur Evakuierung nun aufgrund der Gesundheitslage zu verringern oder gar auszusetzen, ist es deshalb noch viel dringender, Menschen nicht allein zu lassen. Die EU-Staaten müssen solidarisch mit Griechenland sein. Das bedeutet auch, dass unmenschliche Vorgehen gegen Geflüchtete oder das Wegschauen bei Übergriffen rechtsextremer Gruppen nicht toleriert werden darf. Wirkliche Solidarität mit Griechenland hieße, so schnell wie möglich die europäische Verteilung der Schutzsuchenden zu organisieren.

DER KOALITIONS BESCHLUSS WAR EIN ANFANG

Natürlich reicht es nicht, 1500 Kinder in Sicherheit zu bringen. Auch 5000 nicht. Aber es ist besser, als gar kein Kind zu schützen. Unsere Priorität muss jetzt sein, dass die Geflüchteten schnellstmöglich aus den Massenlagern in Griechenland auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Deutschland trägt hierbei eine humanitäre Verantwortung, auch unabhängig von den Reaktionen der anderen EU-Mitgliedstaaten.

Immerhin gibt es bereits zahlreiche Städte und Gemeinden, die als Solidarity Cities und sichere Häfen ihre Bereitschaft erklärt haben, Schutzsuchende aufzunehmen. Diese Bereitschaft muss genutzt und finanziell unterstützt werden.

ZEIGT SOLIDARITÄT

Damit die Schutzsuchenden nicht vergessen werden, könnt ihr die Aktion von Seebrücke #LeaveNoOneBehind unterstützen. Unterschreibt die Petition #LeaveNoOneBehind von Erik Marquardt, repostet Berichte von Menschen auf Lesbos oder demonstriert aus dem Wohnzimmer. Malt Demoplakate mit Sprüchen und hängt sie oder orange Fahnen als Zeichen der Solidarität aus dem Fenster.

Ich erwarte, dass die Europäische Kommission endlich Stellung zu dieser grausamen Situation bezieht und auf die Umsetzung von geltendem europäischem und internationalem Recht drängt. Stattdessen bedankt sich Kommissionspräsidentin von der Leyen bei Griechenland als „Schild“ Europas. Das verurteile ich, denn solche Äußerungen rütteln an den Grundpfeilern unserer demokratischen Werte. Wir müssen jetzt handeln und die Solidarität in Europa nutzen, um den Menschen schnell zu helfen. ■

Solidarische Grüße
Delara Burkhard, MdEP



WIR MÜSSEN UNSEREN BEITRAG FÜR EIN GERECHTES UND SOLIDARISCHES EUROPA LEISTEN!

Mit der EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 hat Deutschland die Chance und die Verantwortung, Akzente für ein solidarisches Europa zu setzen und Solidarität nach innen und nach außen gegenüber flüchtenden Menschen zu zeigen.

Wenn Europa die oft und gern zitierte Wertegemeinschaft sein will, ist es unabdingbar, hilfebedürftige Menschen nicht allein zu lassen. Die Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten wie aktuell im von der Türkei erneut angeheizten syrischen Bürgerkrieg ist ein Gebot der Nächstenliebe. Europa hat es in den letzten Jahren sträflich versäumt, zu einem solidarischen Verteilungssystem unter den Mitgliedstaaten zu kommen und mit dem Kampf gegen die Fluchtursachen zu beginnen. Ein Zeichen der Solidarität wünsche ich mir nicht nur vom Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Das Land Schleswig-Holstein soll aber auch in anderer Hinsicht von der EU-Ratspräsidentschaft profitieren: Unser Land ist in besonderer Weise auf faire Wettbewerbsbedingungen und eine verantwortungsvolle Klimapolitik angewiesen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte daher dazu genutzt werden, hier entsprechende Akzente zu setzen.

Dazu zählen zum Beispiel faire Arbeitsbedingungen, die

DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SOLIDARISCHE AKZENTE SETZEN!

Die Europäische Union ist ein einzigartiges Friedensprojekt und das Fundament unseres Wohlstands. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr des Jahres 2020 ist Möglichkeit und Verpflichtung für die Bundesrepublik Deutschland und das Land Schleswig-Holstein, einen nachdrücklichen Beitrag für ein geeintes und solidarisches Europa zu leisten. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 insbesondere dafür einzusetzen, dass

- in der Steuerpolitik mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer begonnen und eine Mindestbesteuerung für internationale Konzerne eingeführt sowie Steuerhinterziehung europaweit bekämpft wird;
- in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ein europaweiter Mindestlohn eingeführt und die Mobilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dadurch verbessert wird, dass u.a. die erforderlichen Bescheinigungen für kurzfristige Dienst- und Geschäftsreisen aufgehoben werden (A1-Bescheinigung);
- in der Klimaschutzpolitik ein Europäisches Investitionsprogramm (European Green Deal) umgesetzt sowie die Förderung in der Landwirtschaft stärker an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet wird und dabei die Chancen der Digitalisierung genutzt werden;
- in der Flüchtlings- und Migrationspolitik die Europäische Union ihrer humanitären Verantwortung gerecht wird und zugleich Fluchtursachen bekämpft und Migration besser geordnet und gesteuert wird.
- in der Ostseepolitik die Ostseeregion als wissens- und innovationsorientierte, wohlhabende und wettbewerbsfähige Region mit gewachsenen Kooperationsstrukturen auf allen Ebenen auch unter Einbeziehung Russlands weiterentwickelt wird;

In der Begründung dazu heben wir folgendes hervor:

In der zweiten Jahreshälfte 2020 wird die Bundesrepublik Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.

Das Land Schleswig-Holstein ist in besonderer Weise auf faire Wettbewerbsbedingungen und eine verantwortungsvolle

ihren Ausdruck unter anderem in einem europäischen Mindestlohn finden. Durch die Aufhebung der erforderlichen sog. A1-Bescheinigung, eine Forderung der Europaministerkonferenz, im Rahmen der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit wird die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert. Eine Mindestbesteuerung internationaler Konzerne wirkt Steuerungsgerechtigkeit und Wettbewerbsnachteilen der hier angesiedelten Betriebe und Unternehmen entgegen.

Eine Neuausrichtung der Förderung in der Landwirtschaft und insbesondere eine Stärkung der „zweiten Säule“ kommen den ländlichen Räumen zugute. Als Land zwischen den Meeren ist es für Schleswig-Holstein essenziell, dem Klimawandel und einem Anstieg der Meeresspiegel energisch entgegenzuwirken.

Dazu habe ich im Namen der SPD-Landtagsfraktion einen Antrag im Landtag eingebracht, dessen Wortlaut ich hier wiedergeben möchte:

Mit der „zweiten Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik unterstützt die EU die Entwicklung des ländlichen Raums in der Union. Die Behörden von Ort können eigene siebenjährige Programme konzipieren. Im Gegensatz zur ersten Säule, in der unter anderem die Direktzahlungen an Landwirte geregelt werden, werden die Programme der zweiten Säule aus Unionsmitteln sowie regionalen oder nationalen Mitteln kofinanziert.

Klimapolitik angewiesen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte daher dazu genutzt werden, entsprechend solidarische Akzente zu setzen.

*Dazu zählen faire Arbeitsbedingungen, die ihren Ausdruck unter anderem in einem europäischen Mindestlohn finden. Durch die Aufhebung der erforderlichen sog. A1-Bescheinigung im Rahmen der Revision der Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit wird die Mobilität der Arbeitnehmer*innen verbessert. Eine Mindestbesteuerung internationaler Konzerne wirkt Steuerungsgerechtigkeit und Wettbewerbsnachteilen der hier angesiedelten Betriebe und Unternehmen entgegen. Eine Neuausrichtung der Förderung in der Landwirtschaft und insbesondere eine Stärkung der „zweiten Säule“ kommen den ländlichen Räumen zugute. Als Land zwischen den Meeren ist es für Schleswig-Holstein essenziell, dem Klimawandel und einem Anstieg der Meeresspiegel energisch entgegenzuwirken.*

Europa ist vor allem eine Wertegemeinschaft, in der hilfebedürftige Menschen nicht allein gelassen werden dürfen. Die Bereitschaft für die Aufnahme von Geflüchteten zu zeigen ist ebenso wichtig, wie zu einem solidarischen Verteilungssystem unter den Mitgliedstaaten zu kommen und die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Die Ostseepolitik ist für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung. Die Ostseeregion ist die erste Makroregion auf EU-Ebene, für die die EU eine eigene Strategie entwickelt hat, die weiter konsequent umgesetzt werden und neuen Herausforderungen angepasst werden muss. Die Ratspräsidentschaft soll auch dazu genutzt werden, über die Strukturen der Ostseekooperation im konstruktiven Dialog mit Russland zu bleiben. ■

Ihre und Eure Landtagsabgeordnete
Regina Poersch

FROHE OSTERN
WÜNSCHEN EUCH DER KREISVERBAND UND
DIE KREISTAGSFRAKTION OSTHOLSTEIN

**BLEIBT GESUND UND
GENIEßT DEN FRÜHLING**



ALLEN CORONA-HELPER*INNEN

Herzlichen Dank!



FEHMARNSUNDQUERUNG

ABSENKTUNNEL UND ERHALT UNSERES KLEIDERBÜGELS – DIE ENTSCHEIDUNG IST EIN ERFOLG FÜR DIE REGION

Natürlich sind noch viele Fragen ungeklärt, aber die Grundsatzentscheidung in Berlin ist im Verkehrsministerium und bei der DB gefallen und es ist ein riesiger Erfolg für das Dialogforum FBQ. Das Votum der Region und der Kommunen vor Ort wurde zu 100 Prozent berücksichtigt, der Absenktunnel am Sund soll nun kommen, der als einzige Variante den Lärm der XXL-Güterzüge schlucken, die Lebensqualität am Sund schützen und das Landschaftsbild erhalten kann. Das jahrelange Engagement der Verantwortlichen im Dialogforum zahlt sich endlich aus.



Foto © studio kohlmeier

Der Kleiderbügel wird nicht abgerissen, er soll mindestens 187 Jahre alt werden.

Besonders froh bin ich auch, dass unser jahrelanger Kampf für den Erhalt des Kleiderbügels über den Sund nun endlich erfolgreich ist, obwohl noch 2016 das Verkehrsministerium und die Deutsche Bahn den Abriss eingeplant hatten.

Erst die Beschlüsse des Rechnungsprüfungsausschusses des Deutschen Bundestages im Dezember 2016 haben das Bundesverkehrsministerium gezwungen, die schon laufende europaweite Ausschreibung zur Untersuchung der vier Varianten zu ergänzen und verpflichtend die Varianten zur Erhaltung des Kleiderbügels zu beauftragen. Nur dadurch ist das Votum des

Verkehrsministeriums und der DB zum Erhalt der bestehenden Sundbrücke jetzt überhaupt möglich!

Für mich ist allerdings auch klar, dass nicht der Kreis Ostholstein oder die Kommunen zum Erhalt der Sundbrücke verpflichtet werden dürfen, denn schließlich war es ja der Bund mit großer Unterstützung des Landes, der diese Feste Beltquerung unbedingt wollte, den Staatsvertrag geschlossen hat und damit nach dem Verursacherprinzip für jeden Neubau über den Sund verantwortlich ist.

Als landesweites Wahrzeichen muss es im Interesse des Landes sein, den Kleiderbügel für die Einheimischen im Norden ebenso wie für die Touristen auf Dauer zu erhalten und darum auch den Unterhalt (ab frühestens 2030) zu finanzieren. Bis zu einer möglichen Eröffnung des Absenktunnels (geplant nicht vor 2028) wird die Deutsche Bahn hohe zweistellige Millionenbeträge in die Instandsetzung der 57 Jahre alten Sundbrücke investieren, wozu sie vertraglich verpflichtet ist. Das sollen bereits in den Jahren 2020 bis 2023 nach Angaben der Deutschen Bahn 28,4 Mio. Euro sein.

On Top müssen dann die finanziellen Mittel für die Instandsetzung der Fehmarnsundbrücke kommen, die nötig sind, um die Brücke mindestens noch 130 Jahre zu erhalten – solange kann die Brücke nach Aussage der DB dann schließlich noch mindestens genutzt werden. Erst danach werden Bahn und Bund aus der Finanzierung der Betriebskosten aussteigen – erst dann muss das Land seiner Verantwortung für die Region gerecht werden und die Kommunen und den Kreis von allen Kosten für die Brücke freihalten.

Das gilt ebenso für die Freiwilligen Feuerwehren im Norden Ostholsteins, die die Brandschutz-Aufgaben im Fehmarnsund-Absenktunnel nicht aus eigener Kraft leisten können und vom Land entsprechend unterstützt werden müssen. ■

Eure
Bettina Hagedorn, MdB

STIFTUNG NATURSCHUTZ SCHLESWIG-HOLSTEIN IST VORREITER IM MOORSCHUTZ

Am 9. März kam unsere Landtagsabgeordnete Sandra Redmann in ihrer Funktion als Vorstandsvorsitzende der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein gemeinsam mit ihrem Team Dr. Walter Hemmerling (Geschäftsführer), Dr. Barbara Wilhelmy (Leiterin des Teams Projektentwicklung) und Gerrit Werhahn (Koordinator des Zentrums für biologischen Klimaschutz) auf meine Initiative zu einem ausführlichen Gespräch ins Bundesumweltministerium nach Berlin, wo wir alle mit unserer SPD-Ministerin Svenja Schulze über Moorschutzprojekte in Schleswig-Holstein und deren Förderchancen aus dem Bundesumweltministerium sprechen konnten.

Ich freue mich sehr darüber, dass sich Svenja persönlich viel Zeit genommen hat, um sich über die Projektideen und das jahrzehntelange Engagement der schleswig-holsteinischen Stiftung Naturschutz intensiv informieren zu lassen. Sie zeigte sich begeistert, dass die Stiftung Naturschutz nicht nur die größte ihrer Art in Deutschland mit bereits heute 37.000 Hektar Landflächen in ihrem Besitz ist, wovon tatsächlich 70 Prozent die für den biologischen Klimaschutz so wertvollen Moorflächen sind. Besonders beeindruckt zeigte sie sich angesichts der personellen Kompetenz und Professionalität im Team der Stiftung, die auf eine Erfolgsstory von über 40 Jahren nachhalti-

gen Engagements für biologischen Klimaschutz im Norden verweisen können. Durch die (Wieder-)Vernässung von ehemals trocken gelegten oder landwirtschaftlich genutzten Mooren werden enorme Mengen des klimaschädlichen CO₂ aus der Atmosphäre entnommen.

Ein ganz besonderer Termin war dies auch für meinen Hospitanten Jeremias Starck, der als FÖJler im BUND-Umwelthaus in Neustadt an der Woche für Jugendvertreter*innen der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen hat und direkt an seinem ersten Tag live mit Umweltministerin Svenja Schulze dabei sein durfte. Ein toller Einblick für ihn, wie Politik geht und was Politik Positives bewirken kann. **Bettina Hagedorn** ■



V.l.n.r. Dr. Walter Hemmerling, Bettina Hagedorn, Ministerin Svenja Schulze, Sandra Redmann, Dr. Barbara Wilhelmy und Gerrit Werhahn

MITARBEITERWECHSEL IM BÜRO HAGEDORN IN BERLIN



Jan Jensen aus Stockelsdorf (1.v.l.), der seit zwei Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter in meinem Berliner Büro tätig war, wechselte zum 1. April 2020 in die Europaabteilung des Bundesministeriums der Finanzen. Ich freue mich riesig, dass Jan diese tolle Chance erhält – wir werden nun weiterhin im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ab Juni 2020 im

Finanzministerium zusammenarbeiten und in diesen für Europa und Deutschland so herausragenden Zeiten spannende Herausforderungen angehen.

Neu an Bord ist als seine Nachfolgerin die 25-jährige Bad Schwartauerin Hannah Tyliniski (3.v.l.), die mich 2018 mit einem tollen Praktikum in Berlin voll überzeugt hat. Weiterhin unterstützt uns zukünftig auch die 23-jährige Julia Fitschen (3.v.r.), die an der Universität Potsdam studiert. Das sind zwei wirkliche großartige junge Powerfrauen. In der Stammebelegschaft bleiben der Fehmaraner

Ansgar Löcke (2.v.l.), meine studentischen Teilzeit-Unterstützer Till Weber aus Neumünster (4.v.r.) und Jasper Wiezorek aus Ahrensböök (nicht auf dem Foto) sowie meine wissenschaftliche Mitarbeiterin Laura Adebahr (2.v.r.) erhalten. Mit auf dem Foto ist auch unser Hospitant Jeremias Starck (1.v.r.), der vom 9.-13. März eine tolle Woche in Berlin verbringen konnte. **Bettina H.** ■

IMPRESSUM/REDAKTION

SPD Kreisverband Ostholstein
23701 Eutin
kv-ostholstein@spd.de

Lübecker Straße 6
Telefon 04521/59 57
www.spd-ostholstein.de

Mails an die Redaktion

Niclas Dürbrook
und Beate Müller-Behrens

niclasduerbrook@gmx.de
beatemuellerbe@yahoo.de

V.i.S.d.P. Niclas Dürbrook, Kreisvorsitzender
Redaktion Niclas Dürbrook und Beate Müller-Behrens
Korrektur Susanne Böttcher-Meyners
Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge der Redaktion

KREISTAGSFRAKTION

2020 VOLL DURCHGESTARTET – DANN VOLLBREMSUNG

Bei der Veranstaltungsform Fraktion vor Ort der Kreistagsfraktion ist die Fraktion nicht im Fraktionszimmer, sondern besucht Einrichtungen vor Ort, um sich zu informieren und Gespräche mit den Betroffenen zu führen. Die SPD Kreistagsfraktion hat im Januar und Februar 2020 mit ihren Veranstaltungen Fraktion vor Ort begonnen, bis Ende Februar, als sie durch das Corona-Virus ausgebremst wurde, hatte sie folgende Gespräche geführt.

LENSAHN, DAS JUGENDHILFEHAUS (JHH)

Das Jugendhilfehaus ist eine vollstationäre Jugendhilfeeinrichtung des Kreises Ostholstein. Aufgenommen werden Mädchen und Jungen ab dem 12. Lebensjahr. Die Fraktion führte das Gespräch mit der Leiterin des Hauses und dem Kreis. Themen waren das Leistungsangebot, die Ausstattung, wirtschaftliche Situation, pädagogische Ausrichtung und die Planung/Perspektive 2020 für das JHH. Die SPD Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass das Haus in der Trägerschaft des Kreises bleibt.

SCHARBEUTZ, OSTSEE-HOLSTEIN TOURISMUS

Der Ostsee-Holstein Tourismus (OHT) ist der Dachverband für alle Kommunen entlang der Ostseeküste in der touristischen Zusammenarbeit. Das Gespräch führte die Fraktion mit der Geschäftsführerin Katja Lauritzen. Die Jahre 2018 und 2019 waren für den Tourismus wieder erfolgreich. Nachhaltigkeit im Tourismus, digitaler Tourismus, kostenfreie Nutzung des ÖPNV mit der Ostseecard, Sommerferienregelung und wieviel Tourismus unser Kreis verträgt wurden besprochen. Die SPD Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Mitarbeiter*innen in den touristischen Betrieben bezahlbaren Wohnraum bekommen und dass die Busse mit Fahrradträgern ausgestattet werden, um die Fahrräder verkehrssicher zu transportieren.

NEUSTADT, SCHULDNERBERATUNG GATE OSTHOLSTEIN

Die Fraktion hat der Schuldnerberatung GATE in Neustadt einen Besuch abgestattet und verweist auf die Bedeutung der Einrichtung, die, wie die AWO Eutin, auf Kreisebene die Schuldnerberatung durchführt. Im Kreis Ostholstein sind rund 20.000 Menschen von Überschuldung betroffen. Jeder eingesetzte Euro, der für die Beratung von Hilfesuchenden bereitgestellt werde, erspart uns als Gesellschaft etwa 4 Euro, die sonst für die soziale Unterstützung ausgegeben werden müssten. Oft sind ganze Familien und auch Kinder betroffen.

Die Fraktion hält es für einen großen Erfolg, dass 2019 zum ersten Mal der Kreis der Beratungssuchenden dank freiwilliger Leistungen aus dem Kreishaushalt erweitert werden konnte.

Viele Themen wurden mit den Mitarbeiter*innen angesprochen und dazu gab es einen regen Gedankenaustausch. In diesem Jahr stehen für die Fortführung der Schuldnerberatungen wichtige Entscheidungen an.

NEUSTADT, SCHÖN KLINIK

Die Fraktion folgte einer Einladung der Schön Klinik in Neustadt. Mit der Kampagne: „Hallo Mensch“ will die Schön Klinik Gruppe die Öffentlichkeit über ihre medizinische Exzellenz und Qualität informieren. In Neustadt sind 1200 MitarbeiterInnen und 35 Auszubildende tätig, an den 26 Standorten der Schön Klinik insgesamt über 10.000. Die Schön Klinik Gruppe gehört zur größten familiengeführten Klinikgruppe Deutschlands.

Die Fraktion führte Gespräche und wurde durch das Klinikgebäude geführt. Besonders beeindruckend waren die vielen keimfreien OP Räume, dafür mussten wir unsere Kleidung auf die Farbe grün wechseln, Kopfbedeckung aufsetzen und auch die Schuhe tauschen. Die Fraktion drückt der Schön Klinik die Daumen für ihre breit angelegte Kampagne: „Hallo Mensch“.

EUTIN, BETRIEBSRAT SANA

Zwischen dem Sana-Betriebsrat und der Fraktion fand ein Meinungsaustausch über die weitere Entwicklung der Sana Klinik in Eutin statt. Sana ist, wie bisher, in der Verantwortung den Versorgungsauftrag im Kreis zu erfüllen und muss die 2019 zugesagte Sanierung umsetzen und nicht weiter verschleppen. Es wird von Sana und Ameos erwartet, dass sie keine Transaktions-schlupflöcher suchen, die nicht vom Bundeskartellamt genehmigt werden müssen. Wir erwarten eine klare Antwort auf die Frage, ob es zu einer Übernahme kommen wird.

Für die SPD Fraktion hat weiterhin der Erhalt aller Standorte im Kreis sowie der 1200 Arbeitsplätze mit den Tarifverträgen oberste Priorität. Weiterhin müssen der Kreis, die Fraktionen im Landtag, das Land, Ver.di und der Betriebsrat gemeinsam den Druck auf Sana erhöhen, damit der Sanierungsplan umgesetzt wird.

Die weiteren Termine wurden vorläufig abgesagt. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

Die Fraktion beim Ostsee-Holstein Tourismus



KREISVORSTAND

BEZAHLBARER WOHNRAUM IM KREIS OSTHOLSTEIN

Im Mittelpunkt unseres aktuellen gesellschaftlichen Lebens steht der Kampf gegen das Corona-Virus und fordert uns alle heraus, dabei muss die Arbeit der SPD aber jetzt nicht stillstehen. Bezahlbares Wohnen bestimmt aktuell auch weiter die öffentliche Diskussion. In unserem Kommunal-Wahlprogramm 2018 fordern wir bezahlbare Wohnungen, damit Miete kein Luxus wird und dass das Land wieder in den öffentlichen Wohnungsbau einsteigt.

Wohnen ist ein Grundrecht, das allen garantiert werden muss. Die Realität zeigt uns jedoch, dass auch bei uns bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapper wird. Die Angst vor hohen Wohnkosten erreicht inzwischen breite Schichten unserer Bevölkerung. Besonders Familien, Alleinerziehende, Singles, Renter*innen, Menschen mit Beeinträchtigungen und Auszubildende sind die Leidtragenden dieses Missstandes.

Seit Beginn des Jahres 2019 unterliegen nur noch knapp 47.000 Wohnungen in Schleswig-Holstein der Sozialbindung. In Eutin sind seit 2004 190 Sozialwohnungen aus der Sozialbindung gefallen. Damit spitzt sich die Lage weiter zu, vor allem in Ballungszentren, aber auch bei uns im Kreis Ostholstein wird bezahlbarer Wohnraum zum knappen Gut.

Im Kreis Ostholstein fehlen ca. 7000 Wohnungen für die oben Aufgeführten, deshalb benötigen wir dringend bezahlbaren Wohnraum und Bauland. Wogegen wir uns als Sozialdemokraten wehren müssen, ist das Betongold, die Umwandlung von Miet- zu Ferienwohnungen und nicht dauerhaft bewohnten Eigentumswohnungen. Beispielsweise hat sich auf Fehmarn die Einwohnerzahl seit 1970 nur gering erhöht, aber die Anzahl der Wohnungen hat sich verdoppelt.

Obwohl die Baukosten in den letzten drei Jahren bei manchen Gewerken um bis zu 30 Prozent gestiegen sind, gibt es inzwischen viele positive Beispiele bei uns im Kreis, wie es zu bezahlbarem Wohnraum kommen kann. In Kellenhusen werden auf einem gemeindlichen Grundstück 29 neue Wohnungen in zwei Mehrfamilienhäusern gebaut. Die Häuser wurden von der Gemeinde finanziert und von einem Lübecker Bauunternehmen erstellt. Die Wohnungen haben unterschiedliche Größen und

werden von der Gemeinde vergeben. Das Besondere ist, dass Kellenhusener mit Eigentum keinen Zugriff haben. Ehemalige Kellenhusener mit Kindern, die auswärts wohnen und zurück möchten, werden vorrangig bei der Vergabe berücksichtigt.



Die Wohnungsbaugesellschaft (Wobau) Ostholstein baut und baute in Eutin (Foto), Stockelsdorf und Fehmarn öffentlich geförderte Wohnungen mit Kaltmieten von 5,60 € bis 5,95 € pro Quadratmeter Wohnfläche. Bei den bestehenden Wohnungen beträgt die Durchschnittsmiete kalt 5,89 € pro Quadratmeter.

Die SPD Ortsvereine und Fraktionen wurden Anfang des Jahres gebeten, dem SPD Kreisvorstand mitzuteilen, welche Projekte für mehr bezahlbaren Wohnraum laufen oder auf den Weg gebracht werden sollen. Die Resonanz war sehr groß und dafür nochmals vielen Dank. Die Rückmeldungen werden ausgewertet und danach werden vom SPD Kreisvorstand dazu Veranstaltungen durchgeführt, um uns gemeinsam für bezahlbaren Wohnraum im Kreis Ostholstein einzusetzen. ■

Burkhard Klinke
Stv. Kreisvorsitzender

PÖBELN IST NICHT HINNEHMBAR

Als SPD haben wir in Ostholstein schon lange vor den Folgen einer verfehlten Wohnungspolitik gewarnt, die zu immer mehr Zweit- und Ferienwohnungen in unseren Tourismusorten führt (siehe oben). Denn dadurch wird es nicht nur immer schwieriger, mit normalem Gehalt eine bezahlbare Wohnung zu finden. Auch das soziale Leben leidet in einer Gemeinde, wenn viele Bewohner nur für einige wenige Wochen in den Ort kommen. Wer in den Wintermonaten durch einige Straßen von Scharbeutz, Timmendorfer Strand oder Grömitz geht, kann ganz hautnah erleben, wohin der planmäßige Leerstand führt.

Kritik daran ist dringend notwendig. In keiner Weise zu akzeptieren sind allerdings einige Szenen, die sich in den letzten Wochen nach der Allgemeinverfügung des Kreises zu

Zweitwohnungen in Ostholstein abgespielt haben. Trotz aller berechtigten Sorge vor Corona sind Pöbeleien, Beschimpfungen oder gar anonyme Drohungen gegen Menschen mit auswärtigen Kennzeichen und vermeintliche oder echte Zweitwohnungsbesitzer absolut inakzeptabel. Das Bild, das unsere Region damit an potentielle Gäste aussendet, ist fatal. Und wem auch immer der Einsatz der selbsternannten Hilfssheriffs helfen soll, den vielen Beschäftigten im Tourismusbereich, denen ohnehin eine harte Zeit bevor steht, hilft er ganz sicher nicht. ■

Niclas Dürbrook
Kreisvorsitzender

CORONA VERÄNDERT UNSER LEBEN

Gestern Abend hatte ich mir auf meinem Handy Bilder von einem Abend angeguckt, den ich Anfang März mit ein paar Freunden in einer Kneipe verbracht habe. Alle eng beieinander, alle lachen, man legt sich den Arm über die Schulter und das Bier wird natürlich frisch gezapft aus dem Glas getrunken. Es sind Bilder wie aus einer anderen Zeit, auch wenn es nur einen Monat her ist. Trotzdem erscheint es einem unwirklich, wie unbeschwert wir alle damals noch waren. Auch zu dieser Zeit gab es das Corona-Virus schon, aber es war noch nicht in unserem Bewusstsein angekommen.

Heute, knapp vier Wochen später, hat sich alles verändert. Wir alle bleiben, wenn es denn geht, zu Hause, man hat fast täglich irgendwelche Videokonferenzen und sogar meine Uni will die Kurse jetzt digital anbieten. Es sind verrückte Zeiten. Aber es sind auch gefährliche Zeiten. Nicht unbedingt für mich, ich bin grundsätzlich nicht in der Risikogruppe und arbeite nicht in einem systemrelevanten Beruf. Und darum bleibe ich Zuhause. Nicht nur für mich, sondern für alle Menschen, denen dieser Virus gefährlich werden kann und die ich nicht anstecken möchte, nur weil ich vielleicht irgendwas angefasst habe.

WURDE DURCH CORONA ALLES SCHLECHTER?

Es ist immer schwer, in dieser Situation, wo Menschen sterben, etwas Positives aus der ganzen Situation zu ziehen. Auch für viele Betriebe bei uns im Kreis, gerade im touristischen Bereich, sind das gerade wirklich harte Wochen und wir können nur hoffen, dass die derzeitigen Beschränkungen möglichst schnell gelockert werden können. Trotzdem komme ich nicht umhin, auch zu sehen, dass wirklich viele Sachen gerade trotz Krise irgendwie doch funktionieren. Das fängt ganz oben an. Es tut schon ziemlich gut zu sehen, wie schnell unsere SPD-Minister in der Regierung dafür gesorgt haben, dass alles am Laufen bleibt. Egal ob Olaf Scholz, der innerhalb von Tagen ein milliardenschweres Hilfspaket locker macht, was wohl so manchen Betrieb am Laufen halten wird, Heiko Maas, der tausende Urlauber wieder nach Hause holt oder Franziska Giffey, die mal eben dafür sorgt, dass finanzschwache Familien mit Kindern jetzt finanziell unterstützt werden. Auch wenn ich nie ein Fan dieser großen Koalition war und beim Mitgliederentscheid gegen sie gestimmt habe, bin ich gerade verdammt froh, dass nicht Christian Lindner dieses Land führt. Auch die oft beschworene europäische Solidarität wird gerade auf eine harte Probe gestellt. Aber auch hier hat unsere Regierung mit medizinischen Hilfsmitteln für Italien und der Aufnahme von schwerkranken Patienten aus Frankreich und Italien gezeigt, dass der europäische Zusammenhalt nicht nur ein Lippenbekenntnis ist.

EINE WELLE DER HILFSBEREITSCHAFT SCHWAPPT ÜBER DAS LAND

Aber auch andere Dinge haben sich verändert: Junge Menschen kaufen für ihre alten Nachbarn ein, die Krankenhäuser können sich vor freiwilligen Helfer*innen gar nicht retten, bei der Blutspende müssen schon wieder Leute weggeschickt werden, weil zu viele spenden wollten und und und. Und dazu kommt, dass viele Sachen auf einmal möglich sind, die jahrelang

unmöglich schienen. Das beste Beispiel ist das Home-Office. Jahrelang wurden immer nur die Risiken betont und auf einmal geht es dann bei vielen Menschen doch. Auch viele Geschäfte, die sich jahrelang gegen einen Online-Auftritt gewehrt haben, weil es ja auch so ging, können auf einmal liefern und selbst das Bezahlen per Karte klappt mittlerweile fast überall. Für die Digitalisierung in Deutschland ist Corona, so blöd sich das bei der derzeitigen Situation gerade auch anhört, ein Segen.

Ich bin auch optimistisch, dass diese Hilfsbereitschaft, die gerade überall zu finden ist, nach Corona nicht einfach abbrechen wird. Viele Menschen, auch in meinem Freundeskreis, entdecken gerade, wie viel Freude ehrenamtliches Engagement für Andere bringen kann. Alleine diese Erkenntnis ist schon mal ein kleiner Hoffnungsschimmer am Horizont.

WAS LERNEN WIR ALSO FÜR DIE NACH-CORONA ZEIT?

Ich glaube, der größte Punkt, den wir alle aus dieser harten Zeit mitnehmen können, ist ein bisschen Demut. Man sagt ja, dass man Dinge erst zu schätzen weiß, wenn man sie mal verloren hat und ich hoffe, genauso wird es jetzt auch sein. Was wird das für eine schöne Zeit, wenn wir alle wieder gemeinsam raus dürfen? Wenn wir wieder mit tausenden Menschen gemeinsam auf Konzerten oder im Fußballstadion sind? Wenn wir in der Partei wieder über die ganz alltäglichen Probleme streiten können, um sie dann zu lösen?

Die Zeit jetzt ist Scheiße, da gibt es nichts schön zu reden. Aber ich bin davon überzeugt, wenn wir die positiven Sachen aus der Corona-Zeit in die Nach-Corona-Zeit mitnehmen, wird unser Land danach ein besseres sein, als es davor war. Und ich freue mich dann einfach drauf, mal wieder mit ein paar Freunden in einer Kneipe zu sitzen und ein frisch gezapftes Bier zu trinken. ■

Tim Dürbrook

Mitgliederbeauftragter der SPD OH und Kreistagsabgeordneter

CORONA UND DER KREISVERBAND

TERMINVERSCHIEBUNGEN

Auch als Kreisverband mussten wir unsere Terminplanung wegen der Corona-Pandemie anpassen.

Unser für den 2. Mai in Neustadt geplantes Familienfest ist vorläufig abgesagt. Wir werden prüfen, ob es sich zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr nachholen lässt.

Die Parteischule wird nicht wie geplant im Mai starten, sondern erst im Herbst. Wer sich bereits für die Teilnahme vormerken möchte, kann dies unter <https://www.spd-ostholstein.de/parteischule/> machen.

Die Sitzungen des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion sind bis auf weiteres abgesagt, wo möglich wird mit Alternativen gearbeitet, indem zum Beispiel Telefonkonferenzen stattfinden. ■